



12. A **Eingereichte Motion Scheibli Nathalie (SP), Zaugg Franziska (FDP), Meier Andreas (GLP), Michael Schenk (SVP) und Mitunterzeichnende vom 29. April 2024: Gerechte Anstellungsbedingungen für alle Stadtangestellte**

Motionstext:

"Gerechte Anstellungsbedingungen für alle Stadtangestellte

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, Personal, welches regelmässig wöchentlich für die Stadt im Stundenlohn tätig ist von privat-rechtlich in öffentlich-rechtliche Anstellungen zu überführen.

Begründung:

An der Stadtratssitzung vom 17.05.2021 wurde im Rahmen der Fragestunde eine Frage zur Umwandlung von Stundenlohnangestellten zu Fixlohnangestellten gestellt. Dies betrifft vor allem Frauen, die für die Stadt im Bereich der Reinigung tätig sind. Seit Jahren sind die schlechten Arbeitsbedingungen von Stundenlohnangestellten der Stadt Langenthal immer wieder ein Thema. Reto Müller hat die Frage wie folgt beantwortet: "Die Aufarbeitung der Ausgangslage läuft. Der Personaldienst plant, bis spätestens im Spätsommer, einen Bericht und Antrag zuhanden des Gemeinderates vorzulegen". Inzwischen sind bald drei Jahre vergangen und an der Situation hat sich nichts geändert.

Besonders unschön ist, dass Stundenlohnangestellte privat-rechtlich angestellt sind. Sprich, fallen diese Mitarbeitenden aufgrund einer Erkrankung oder eines Unfalls aus, haben sie beispielsweise nach 24 Dienstjahren bei der Stadt nur noch für 6 Monate eine Gehaltsausrichtung durch die Stadt. Wer keine eigene Versicherung hat, ist gezwungen krank Arbeiten zu gehen oder sich bei der Sozialhilfe zu melden. Dem gegenüber erhalten öffentlich-rechtliche Angestellte der Stadt in Folge eine Krankschreibung während dem ersten Jahr 100% ihres Lohns und während einem weiteren Jahr noch 80%.

Des weiteren haben Reinigungskräfte keinen Anspruch auf Leistungs- oder Treueprämie und ihr Einkommen kann, je nach Tätigkeitsbereich monatlich stark variieren. Bei den Schulen sind besonders viele Mitarbeitende betroffen, da während den Ferien weniger Reinigungsarbeiten anfallen."

Nathalie Scheibli
(Erstunterzeichnende)

Beantragte Dringlichkeit gemäss Beschluss des Büros des Stadtrates vom 29. April 2024 abgelehnt.

Aktuell sind Frauen von Krankheit und Unfall von dieser misslichen Lage betroffen. Die Stadt kann es sich nicht erlauben noch länger eine unattraktive Arbeitgeberin für Niedriglohnangestellte zu sein. Es ist auch in der Reinigung nicht mehr einfach, Personal zu finden. Die privat-rechtliche Anstellung macht dies nicht gerade einfacher.